

denen sie ein offensichtliches Interesse haben, ein Enteignungsrecht nach dem Bundesgesetz vom 20. Juni 1930 über die Enteignung ableiten?

2. Ist er für den Fall, dass für ein solches Enteignungsrecht ein besonderes Gesetz erforderlich ist, bereit, so rasch wie möglich die Vorarbeiten dazu einzuleiten?

Texte de l'interpellation du 6 octobre 1982

Dans la crise économique actuelle, on assiste, dans les régions rurales notamment, à la fermeture de nombreux ateliers et, par voie de conséquence, à la suppression de centaines de postes de travail. Les bâtiments et parfois les machines qu'ils abritent restent dans la plupart des cas inemployés, soit que leurs propriétaires refusent de les vendre, soit qu'ils en exigent un prix hors de proportion avec leur valeur effective. Il en va de même avec certaines réserves excessives de terrains constituées par plusieurs entreprises.

Nous demandons donc au Conseil fédéral:

1. Dans quelle mesure le droit à l'expropriation par les cantons et les communes de ces moyens de production (terrains, bâtiments et machines) pourrait découler de la loi fédérale sur l'expropriation du 20 juin 1930, étant donné l'intérêt public évident d'une telle mesure?

2. Si un tel droit d'expropriation dépendait d'une loi fédérale qui resterait à édicter, le Conseil fédéral serait-il prêt à mettre celle-ci en chantier dans les meilleurs délais?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Carobbio, Dafflon, Herczog, Magnin, Mascarin (5)

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

ad ch. 1: La loi fédérale sur l'expropriation ne donne en la matière aucune compétence aux cantons et aux communes.

La loi n'a trait qu'à l'expropriation de travaux qui sont dans l'intérêt de la Confédération ou d'une partie considérable du pays, ainsi qu'à d'autres buts d'intérêt public reconnus par une loi fédérale.

Le droit fédéral ne prescrit pas l'utilisation de bâtiments et de machines et ne peut non plus servir de base à une expropriation y relative. En outre, ni les ateliers ni les machines mentionnés dans l'interpellation ne sont dans l'intérêt de la Confédération ou d'une grande partie du pays.

ad ch. 2: Tant que le but de l'expropriation ne vise pas un domaine que la constitution fédérale attribue exclusivement à la Confédération, les cantons n'ont besoin d'aucune habilitation figurant dans une loi fédérale pour procéder à l'adoption de lois sur l'expropriation. C'est le cas ici.

La législation cantonale devrait pourtant pouvoir se baser sur un intérêt public suffisant et respecter le principe de la proportionnalité. A ce sujet, l'interpellation laisse planer quelques doutes. De plus, la liberté du commerce et de l'industrie risquerait éventuellement d'être violée au cas où des moyens de production ne seraient pas définitivement, mais provisoirement inemployés.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion 25 Stimmen
Dagegen 33 Stimmen

Präsident: Der Interpellant erklärt sich nicht befriedigt.

82.339

Interpellation Loretan

Entlassung aus der Wehrpflicht.

Persönliche Waffe

Libération du service militaire.

Arme personnelle

Wortlaut der Interpellation vom 4. März 1982

Ich ersuche den Bundesrat im Interesse der Sicherstellung des ausserdienstlichen Schiesswesens um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche gesetzgeberischen und/oder administrativen Vorkehren gedenkt der Bundesrat zu treffen, um zu gewährleisten, dass den aus der Wehrpflicht entlassenen Angehörigen der Armee weiterhin die persönliche Waffe bzw. eine Handfeuerwaffe überlassen werden kann?

2. Inwiefern wirkt sich der Zeitplan für die Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs auf die zu ergreifenden Massnahmen aus?

3. Unter welchen Umständen könnte eine Abgabe des Sturmgewehrs 57 als Einzelschusswaffe zu Eigentum in Frage kommen?

Texte de l'interpellation du 4 mars 1982

J'invite le Conseil fédéral à répondre aux questions suivantes concernant le tir hors du service:

1. Quelles mesures législatives et/ou administratives le Conseil fédéral se propose-t-il de prendre afin de garantir aux militaires libérés du service qu'ils pourront continuer à garder leur arme personnelle ou une autre arme à feu portative?

2. Quelle influence le programme d'acquisition d'un nouveau fusil d'assaut a-t-il sur les mesures à prendre?

3. A quelles conditions la remise, en propriété, du fusil d'assaut 57 comme arme tirant coup par coup pourrait-elle être envisagée?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Aregger, Auer, Couchepin, Eppenberger-Nessler, Fischer-Bern, Friedrich, Füeg, Hunziker, Lüchinger, Meier Kaspar, Messmer, Nef, Ribli, Rüegg, Schwarz, Spreng, Steinegger, Stucky, Villiger, Weber-Schwyz, Wyss (22)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

1. Artikel 18 Absatz 3 der Bundesverfassung legt fest, dass die Waffe unter den durch die Bundesgesetzgebung aufzustellenden Bedingungen in den Händen des Wehrmannes bleibt, gemeint ist zu Eigentum (wie es die frühere Fassung von Art. 94 der Militärorganisation bestimmte). Durch eine Abänderung von Artikel 94 Absatz 1 MO wurde dem Bundesrat 1967 die Kompetenz eingeräumt, die persönliche Waffe dem Wehrmann auch nur leihweise zu überlassen. Sturmgewehr und Pistole (Modell 75) werden denn auch nur noch leihweise abgegeben. Wie der Bundesrat in der Antwort auf die Einfachen Anfragen Meier Kaspar und Baras vom 15. Dezember 1980 ausführte, kann überdies der Karabiner 31 nur noch einige Jahre an Schützen abgegeben werden, die zudem gewisse, bisher nicht erforderliche Voraussetzungen zu erfüllen haben; nachher werde es in keinem Fall mehr möglich sein, den aus der Wehrpflicht entlassenen Wehrmännern kostenlos eine Handfeuerwaffe zu überlassen.

2. Das neue Sturmgewehr soll ab 1990 zur Truppe kommen. So lange wird indessen der heutige Vorrat an Karabinern 31 nicht ausreichen. Überzählige Sturmgewehre 57 dürfte es erstmals nach der Einführung der neuen Handfeuerwaffe geben.

Fazit: Während einigen Jahren wird keine Möglichkeit bestehen, dass der Bund seiner verfassungsmässigen

Pflicht nachkommen kann, den aus der Armee ausscheidenden Wehrmännern eine Waffe zu Eigentum zu überlassen.

Eine solche Entwicklung widerspricht dem Grundgedanken von Artikel 18 Absatz 3 BV und einer althergebrachten Tradition unseres Landes. Sie ist darüber hinaus wehrpolitisch fragwürdig. Das Schiesswesen ausser Dienst als auch staatspolitisch gewichtige Institutionen würden dadurch je länger je mehr beeinträchtigt.

3. Das Sturmgewehr 57 könnte in grösserem Umfang wohl nur nach Abänderung in eine Einzelschusswaffe abgegeben werden. Bei den Schützen wäre wohl die Bereitschaft vorhanden, hieran einen finanziellen Beitrag zu leisten. Der Bundesrat möge sich im übrigen über die näheren Modalitäten einer Abgabe des Sturmgewehrs 57 zu Eigentum und zu weiteren Möglichkeiten (z. B. beschränkte Wiederaufnahme der Produktion von Karabinern 31) in seiner Antwort äussern.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

Rapport écrit du Conseil fédéral

Die geltenden Bestimmungen über die unentgeltliche Abgabe des Karabiners 31 zu Eigentum an Wehrmänner, die aus der Armee ausscheiden, sowie über die Abgabe des Karabiners als Leihwaffe erlauben die Weiterführung der heutigen Praxis bis ungefähr Mitte der neunziger Jahre. Ende 1994 werden voraussichtlich die Vorräte an Karabinern 31 endgültig erschöpft sein. Im selben Zeitpunkt werden die letzten Wehrmänner aus der Wehrpflicht entlassen, die in der Rekrutenschule noch mit dem Karabiner ausgerüstet wurden.

Die heute geltende Regelung geht auf eine Einigung zurück, die das Militärdepartement im Jahre 1977 mit den Landesschützenverbänden erzielt hat. Die damit gemachten Erfahrungen sind gut. Sofern die heutigen Abgabebedingungen nicht geändert werden – Karabiner werden nur Wehrmännern abgegeben, die sich über eine minimale auserdienstliche Schiessfähigkeit ausweisen –, drängen sich keine Massnahmen auf.

Heute und auch in den kommenden Jahren müssen sämtliche Sturmgewehre 57, die durch Ausscheiden von Wehrmännern aus der Armee frei werden, aufgerüstet und zur erneuten Abgabe an Rekruten verwendet werden. Eine Überlassung des Sturmgewehrs 57 an ausscheidende Angehörige der Armee käme deshalb allein schon aus Bestandesgründen nicht in Frage. Überzählige Sturmgewehre 57 würden erst nach der allfälligen Einführung eines neuen Sturmgewehrs zur Verfügung stehen. Da über diesen Zeitpunkt hinaus genügend Karabiner 31 für die Überlassung als Eigentum zur Verfügung stehen, stellt sich das Problem der Abgabe des Sturmgewehrs 57 zur Abgeltung von Eigentumsansprüchen an ausscheidende Wehrmänner nicht.

Der Umbau des Sturmgewehrs 57 zu einem Halbautomaten, der dem im Privathandel erhältlichen Sturmgewehr PE 57 entsprechen würde, ist technisch ohne weiteres möglich, würde aber voraussichtlich Kosten bis zu 300 Franken pro Stück verursachen. Dazu kommt, dass die umgebauten Sturmgewehre den Vorschriften über das Kriegsmaterial unterliegen würden und demnach für den privaten Erwerb und Besitz einer solchen Waffe in jedem Fall eine Bundesbewilligung sowie teilweise auch kantonale Bewilligungen erforderlich wären.

Auch eine Wiederaufnahme der Fabrikation von Karabinern 31 wäre an sich möglich, würde aber Investitionen in der Höhe von rund 1,5 Millionen Franken erfordern. Eine Nachfabrikation von Karabinern 31 wäre wirtschaftlich nur zu verantworten, wenn eine Serie von mindestens 50 000 Stück hergestellt werden könnte. Der Stückpreis für ein solches Gewehr würde sich vermutlich auf rund 2000 Franken belaufen.

Ob und wie nach 1994 dem Verfassungsgrundsatz, wonach die persönliche Waffe nach Massgabe der Bundesgesetzgebung in den Händen des Wehrmannes verbleibt, nachzu-

leben sein wird, ist mit einer Reihe von Problemen verbunden, die aus heutiger Sicht nicht leicht zu lösen sein werden. Der Bundesrat ist aber überzeugt, dass in der verbleibenden Zeit eine für alle Interessenten annehmbare Lösung gefunden werden kann.

Zusammenfassend können die Fragen der Interpellation wie folgt beantwortet werden:

1. Mit dem Sturmgewehr oder Karabiner ausgerüstete Wehrmänner, die bis Ende 1994 aus der Armee ausscheiden und einen Anspruch auf Überlassung der ganzen oder teilweisen Ausrüstung haben, erhalten einen Karabiner unentgeltlich zu Eigentum, sofern sie durch Eintragung im Schiessbüchlein nachweisen, dass sie in den letzten Jahren mindestens zweimal das obligatorische Programm und zweimal das Feldschiessen 300 Meter geschossen haben. Es drängen sich deshalb heute keine Massnahmen auf.

2. Der Zeitplan für die Beschaffung eines neuen Sturmgewehrs, dessen Einführung für Ende der achtziger Jahre vorgesehen ist, steht mit dem Problem der Überlassung der persönlichen Waffe bei der Entlassung aus der Wehrpflicht in keinem direkten Zusammenhang.

3. Ob und unter welchen Umständen das Sturmgewehr 57 dereinst den ausscheidenden Wehrmännern zu Eigentum abgegeben werden kann, lässt sich heute nicht abschliessend beantworten. Die Frage stellt sich indessen in den nächsten zehn Jahren nicht.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion	offensichtliche Mehrheit
Dagegen	Minderheit

Präsident: Herr Loretan erklärt sich nicht befriedigt.

82.485

Interpellation Delamuraz Bahnlinie Aigle–Sépey–Les Diablerets Chemin de fer Aigle–Sépey–Les Diablerets

Wortlaut der Interpellation vom 20. September 1982

Der Bundesrat erklärte kürzlich, er halte es für angezeigt, die Bahnlinie Aigle–Sépey–Les Diablerets durch eine Busverbindung zu ersetzen.

Für den Fall, dass der Kanton Waadt und die Gemeinden diese Bahnlinie weiterbetreiben würden, wäre es nur billig, wenn der Bund diese Bahn mit den gleichen Beiträgen unterstützt, die er für den Busverkehr aufwenden müsste. Der Bundesrat wird eingeladen, sich zu dieser Auffassung zu äussern.

Texte de l'interpellation du 20 septembre 1982

Le Conseil fédéral a annoncé récemment qu'il estimait judicieux de remplacer la liaison ferroviaire Aigle–Sépey–Les Diablerets par un service de bus.

Dans l'hypothèse où le canton de Vaud et les communes maintiendraient la voie ferrée, il serait équitable que le Conseil fédéral verse à ce chemin de fer la contribution financière qu'il aurait versée pour un service routier.

Le Conseil fédéral est invité à se prononcer dans ce sens.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Bonnard, Brélaz, Cevey, Forel, Jeanneret, Junod, Martin, Massy, Teuscher, Thévoz

(10)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

En 1976, l'existence de trois compagnies de chemins de fer (Nyon–Saint-Cergue–Morez, Aigle–Ollon–Monthey, Aigle–

Interpellation Loretan Entlassung aus der Wehrpflicht. Persönliche Waffe

Interpellation Loretan Libération du service militaire. Arme personnelle

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1982
Année	
Anno	
Band	V
Volume	
Volume	
Session	Wintersession
Session	Session d'hiver
Sessione	Sessione invernale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	13
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	82.339
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.12.1982 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1820-1821
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 079

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.